

Verein Menschenrechte Schweiz MERS

Jahresbericht 2000/2001

Das Vereinsjahr wird statutengemäss wieder mit dem Kalenderjahr in Übereinstimmung gebracht. Deshalb deckt dieser Jahresbericht die Periode vom 1. Oktober 2000 bis zum 31. Dezember 2001 ab.

Schritt für Schritt...

Menschenrechtsarbeit ist langwierig und braucht einen langen Atem. Aufsehenderregende Ereignisse sind selten, vielmehr ist der Alltag geprägt von vielen kleinen, aber unerlässlichen Schritten, um Menschenrechte zu fördern und zu schützen. An diese Aufgabe leisten wir einen Beitrag mit Informations- und Bildungsarbeit – beharrlich, kontinuierlich, aufmerksam. Dass unsere Projekte auf wachsendes Interesse stossen, ist für uns Bestätigung wie Ermunterung, den eingeschlagenen Weg auch 2002 fortzusetzen.

Vorstand

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum sieben Sitzungen abgehalten, um die laufenden Geschäfte zu führen.

An der Mitgliederversammlung vom 27. Oktober 2000 traten die drei Vorstandsmitglieder Markus Baumann, Johanna Pfaff und Jean-Daniel Vigny zurück. Neu in den Vorstand gewählt wurden Muriel Beck Kadima, Juristin und Menschenrechtsbeauftragte beim Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund; Mario Gattiker, Jurist und Leiter des Sekretariats der Eidgenössischen Kommission für Ausländerfragen; Michael Marugg, Jurist und Geschäftsleitungsmitglied bei der pro juventute. Im Frühjahr 2001 hat sich auch Michele Galizia aus dem Vorstand verabschiedet, da er eine neue berufliche Herausforderung annahm und eine mögliche Interessenkollisionen vermeiden wollte. Sein Sitz ist noch vakant.

Auch Revisor Martin Menzi hat seine Revisorentätigkeit für MERS auf die Mitgliederversammlung 2000 beendet. Als Nachfolger konnten Kurt Pärli und Rinaldo Andrini gewonnen werden.

Im Sommer 2001 wurden die bisher getrennten Buchführungen des Vereins und der Projekte NETZWERK MENSCHENRECHTSBILDUNG und Infobulletin *humanrights.ch* zusammengeführt, um die Übersicht zu verbessern. Nun laufen alle finanziellen Transaktionen über das Postkonto 34-59540-2. Die separaten Postkonti der Projekte wurden aufgelöst.

Der Mitgliederbestand hat sich von 81 Personen (1. Oktober 2000) auf 197 Mitglieder (31. Dezember 2001) erhöht, dies als Ergebnis der beiden Mitgliederwerbe-Aktionen im Dezember 2000 und 2001.

Über MERS und seine Aktivitäten ist in verschiedenen Medien berichtet worden. MERS-Mitglieder hatten überdies immer wieder die Möglichkeit, sowohl in elektronischen wie in Printmedien zu verschiedenen Aktualitäten Stellung zu nehmen.

Ehrung

Eine ganz besondere Stellung innerhalb MERS kommt dem Vorstandsmitglied Anne-Marie Im Hof-Piguet zu. Aufgrund ihres einzigartigen und jahrelangen Engagements für die Menschenrechte schlägt der Vorstand zuhanden der Mitgliederversammlung 2002 vor, Anne-Marie Im Hof-Piguet zur Ehrenpräsidentin von MERS zu ernennen.

Eine spezielle Ehrung verlieh ihr im Januar 2001 auch ihre Wohngemeinde Köniz.

Netzwerk Menschenrechtsbildung

Die Aufbauphase des Projekts NETZWERK MENSCHENRECHTSBILDUNG vom April 1999 bis März 2001 wurde mit einer Evaluation erfolgreich abgeschlossen. Der Bericht kann bei MERS angefordert werden.

Für das Jahr 2001 konnte eine Überbrückungsfinanzierung gefunden werden, die es uns erlaubte, folgende Vorhaben zu realisieren:

- Durchführung von zwei Fachseminaren zur Meinungsäusserungsfreiheit:
 20. April 2001 *Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit?*
 16. Nov. 2001 *Meinungsfreiheit in den Medien*
 Das Seminar vom 16. November wurde in Zusammenarbeit mit den wichtigsten schweizerischen Berufsverbänden der Journalisten/-innen organisiert.
- Weiterführung und Optimierung der Website www.humanrights.ch:
 Nicht nur wurden die bestehenden Dienstleistungsangebote (Agenda, Datenbank Fachpersonen, Übersicht über die UNO-Menschenrechtsabkommen etc.) weitergeführt, sondern die Website wurde auch um einige Rubriken erweitert. Insbesondere wird neu auch die Umsetzung der europäischen Menschenrechtsabkommen in der Schweiz dokumentiert. Ausserdem wird das Informationsangebot zur schweizerischen Menschenrechtspolitik laufend ausgebaut. Die Benutzerstatistik zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir konnten die Anzahl der mehrmals wiederkehrenden Benutzer/innen mehr als verdoppeln: von 1'121 im Jahr 2000 auf 2'695 im Jahr 2001.

Aufgrund der bisher geleisteten Arbeit und gezielter Bemühungen ist es uns gelungen, die mittelfristige Weiterführung des NETZWERKS MENSCHENRECHTSBILDUNG zu sichern, vor allem dank eines grosszügigen Beitrags seitens des *Projektfonds des Bundesrates gegen Rassismus und für Menschenrechte* wie auch weiterer Beiträge von der *Caritas Schweiz* und vom *Migros Kulturprozent*. Wir betrachten dies als Chance, um die bisherige Informations- und Vernetzungsarbeit auszubauen und stetig qualitativ zu verbessern.

Informationsbulletin *humanrights.ch*

Das Informationsbulletin *humanrights.ch* leistet einen Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Menschenrechtsfragen. Es informiert über Akteure der Menschenrechtspolitik in der Schweiz und über den Menschenrechtsschutz im Rahmen der UNO und – seit Sommer 2001 – auch des Europarates. Insbesondere wird über die Entwicklung der normativen Menschenrechtspraxis der entsprechenden Gremien der UNO und des Europarates berichtet, die für die Schweiz relevant sind. Im Berichtsjahr sind 5 Ausgaben von *humanrights.ch* erschienen in einer Auflage von je 2000 bzw. 2300 Exemplaren. Empfänger/innen sind nebst den MERS-Mitgliedern Fachpersonen in NGO, Politiker/innen, Mitarbeitende in eidgenössischen und kantonalen Behörden, Anwälte und Medienschaffende.

Schattenberichte zu Menschenrechts-Konventionen

Die Vertragsstaaten der Menschenrechts-Übereinkommen haben in regelmässigen Berichten Rechenschaft über die Umsetzung der Vertragsgarantien abzulegen. Diese sogenannten Staatenberichte werden nach Möglichkeit von NGO mit *Schattenberichten* ergänzt. NGO-Schattenberichte geben die Erfahrungen der Zivilgesellschaft wieder und vervollständigen damit das Bild der Menschenrechtssituation im jeweiligen Land. MERS hat im Jahre 2001 zu folgenden Berichtsverfahren Beiträge geleistet:

- **Frauenrechts-Konvention:**
Im Februar 2001 lud MERS zu einem Frauen-Lunch zum Thema „Schattenberichte“; anhand des Staatenberichts zum *Überkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* (Frauen-Konvention) wurden Form und Funktion eines Schattenberichtes vorgestellt und die Frauen aufgefordert, Stellung zum Staatenbericht zu nehmen. Auch MERS selber verfasste eine Stellungnahme zur Vernehmlassung des Schweizer Berichts-Entwurfs. Für das weitere Berichtsverfahren wird MERS eng mit der Gruppe NGO-Koordination Post Beijing zusammenarbeiten.
- **Kinderrechts-Konvention:**
MERS hat 2001 Stellung genommen zum Schweizer Staatenbericht zur Umsetzung des *Übereinkommens über die Rechte des Kindes* (Kinderrechts-Konvention). Dabei haben wir auf einige grundsätzliche Unstimmigkeiten hingewiesen, zum Beispiel auf das fehlende Bewusstsein um die Unteilbarkeit der eingegangenen Menschenrechtsverpflichtungen, das sich u.a. darin äussert, dass die Regierung in ihrem Bericht auf die anderen Menschenrechts-Verträge und Empfehlungen der UNO-Organen nicht eingegangen ist – ein Indiz dafür, dass die Schweiz das internationale Kontrollverfahren zur Umsetzung der Menschenrechte nicht genügend ernst nimmt.
- **Pakt II:**
MERS hat, gestützt auf Beiträge verschiedener Organisationen, einen Schattenbericht zum Schweizer Staatenbericht zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Pakt II) erstellt. Ein Vorstandsmitglied hat als Beobachter die öffentliche Anhörung vor dem UNO-Menschenrechtsausschuss im Oktober 2001 verfolgt. An der Anhörung sind die kritischen Anmerkungen des Schattenberichtes fast vollständig aufgegriffen worden, so zum Beispiel auch die Anregung von MERS,

den internen Umsetzungsprozess in der Schweiz mit der Einrichtung eines Menschenrechts-Gremiums zu verstärken.

- **Minderheiten-Abkommen Europarat:**

Im Auftrag von MERS ist eine Stellungnahme zum ersten Schweizer Staatenbericht zur Umsetzung des *Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten* erarbeitet worden. Das laufende Prozedere mit dem zuständigen Europarats-Gremium wird voraussichtlich im Herbst 2002 in die heisse Phase treten.

Projekt Menschenrechts-Gremium

Die internationale Menschenrechts-Konferenz 1993 in Wien hat die Schaffung von nationalen Menschenrechts-Institutionen ins Aktionsprogramm zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte aufgenommen. Seither sind solche Institutionen in über 40 Ländern eingerichtet worden. Eine Arbeitsgruppe (bestehend aus der AG der Hilfswerke, Amnesty International, Erklärung von Bern, MERS, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund) engagiert sich unter Federführung von MERS aktiv für die Schaffung eines solchen Menschenrechts-Gremiums in der Schweiz. Im Sommer 2001 haben rund 100 NGO, Gewerkschaften, kirchliche Institutionen und Persönlichkeiten die Forderung nach einer solchen Instanz unterschrieben.

Das Anliegen konnte im Oktober 2001 Bundesrat Joseph Deiss unterbreitet werden. Im Laufe des Gesprächs schlug Bundesrat Deiss vor, eine nationale Menschenrechtskonferenz durchzuführen. Laut Informationen des EDA soll sie im Herbst 2002 stattfinden.

Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi (SP/ZH) und Ständerat Eugen David (CVP/SG) haben am 10. Dezember 2001 (Internationaler Menschenrechtstag) eine Parlamentarische Initiative zu diesem Anliegen gleichzeitig im National- und Ständerat eingereicht.

Über das Projekt ist an zwei Medienkonferenzen im Juli und im Dezember 2001 orientiert worden. An der Veranstaltung im Dezember war als Gast Brian E. Burdekin eingeladen worden, der beim UN-Hochkommissariat für Menschenrechte zuständig ist für die nationalen Menschenrechts-Institutionen.

Treffen NGO/Politiker

Auf Initiative von MERS und dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund sind zwei Treffen zwischen NGO und der Parlamentarischen Gruppe für Menschenrechtsfragen durchgeführt worden. An beiden Treffen stand das Projekt nationales Menschenrechts-Gremium im Zentrum. Da das Interesse der NGO wesentlich grösser war als jenes der Politiker/innen, evaluieren MERS und SEK zur Zeit auch weitere Formen eines kontinuierlichen Informationsaustausches zwischen Politiker/innen und Menschenrechts-Vertreter/innen.